

MARKT Lexikon

Herausgegeben vom



von

Prof. Dr. Dietmar Krafft

unter Mitarbeit von

Prof. Dr. Claudia Wiepcke

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2016. Alle Rechte vorbehalten. Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nicht gestattet. Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Einwilligung des Herausgebers in irgendeiner Form reproduziert, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Folgende Begriffe sind im **MARKT**-Lexikon 20–62 erschienen –
blau markierte Begriffe sind Themen der aktuellen Ausgabe:

ABC-Analyse	36 + 57
Abgeltungssteuer	47
Absetzung	
für Abnutzung	44
Aktienfonds	24
Aktienindex	21
Altersteilzeit	51
Altersvorsorge	44
AGB	38
Angebotsorientierte	
Wirtschaftspolitik	23
Angebot und Nachfrage	54
Apps	51
Arbeitnehmer-Entsende-	
gesetz und Mindestlöhne	49
Arbeitskräftemigration	49
Arbeitsmarktpolitik	36
Arbeitsvertrag	44
Arbeitszeitverkürzung	28
Aussperrung	20
Bad Banks	47
Bankenkrise	43
Bankensystem	29
Basel II	30
Bausparen	32
Bedürfnis- und	
ERG-Theorie	55
Berufswahl –	
Ein Glücksspiel	38
Bildungsökonomie	31
Bildungscontrolling	31
Boston Consulting Matrix	56
„Brutto und Netto“ in Dt.	53

Business Model Canvas	57
Businessplan	48
Bürgerschaft	26
Bürokratiekosten	52
Call Center	28
Charttechnik	24
Corporate Governance	40
Dt. Hochschulsystem.....	45
Demografie	39
Dienstvertrag	36
DIHK	47
Dilemmata	54
Diskussionsleitung als	
Managementaufgabe	50
Diversifikation	43
Diversity Management	35
EBIT	44
E-Commerce / E-Business	28
Ein-Euro-Job	49
Einkommen/Ausgaben dt.	
Haushalte	59
Einkommenselastizität	52
Einkommensentwicklung	47
Einkommens-	
Lebenszyklushypothese	57
Einkommenssteuer	23
E-Learning/Blended	
Learning	31
Electronic-Banking	43
ELENA-Verfahren	48
Employability	35
Erschaftsteuer	46
EU-Osterweiterung	29

Europäische

Bildungsreform	45
Europäische Wirtschafts-	
und Währungsunion	29
Europäische Zentralbank	20
Existenzgründung	29
Exportweltmeister	48
Externe Effekte	27
Federal Reserve Bank	32
Finanzausgleich	30
Finanzierung	38
Finanzkrise	51
Fiskalpolitik	37
Frauenquote	55
Freihandel	46
Fusion	25
Geld	57
Geldmenge	53
Geldpolitik	20
Generationenvertrag	48
Geschäftsbrieft	43
Geschäftsprozess-	
modellierung	37
Gesprächsführung	50
Gesundheitsfonds	50
GEZ	47
Globalisierung	28
Glücksforschung	49
Grundpfandrecht	30
Gewinnmaximierung	21
Hochschulzulassung	45
Höchstpreis	53
Humankapital	35
IFRS	40
Immobilienfonds	21
Immobilienwirtschaft	43
Innenfinanzierung	44
Innovationen	30
Innovationsmanagement	39
Insolvenz	28
Institutionen	55
Interkult. Kommunikation	54
Interkult. Kompetenz	52
Internat. Management	55
Investmentfonds	24
Kaizen	31
Karriere ohne Abi und Uni?	61

Kaufentscheidung	58
Körperschaftsteuer	23
Kompetenzmanagement	38
Konsumentenrente	49
Konvergenzkriterien	35
Kooperative Führung	52
Korruption	26
Kosten	19
Krankenversicherung	22
Kreativitätstechnik	38
Lebensversicherung	43
Liberalismus	39
Liquidität	23
Lissabon-Strategie	35
Limited	43
LKW-Maut	28
Markenartikel	20
Marktformen	26
Marktpotential, Markt- volumen und Marktanteil	56
Marktsteuerung	36
Merkantilismus	39
Mindestlohn	44
Mindestpreis	53
MINT-Berufe	52
Mittelstand	54
Mobbing	20
Mobilität	25
Monopol	26
Motivation	20
Multiplikatorprozess	39
Münzgeld	57
Nachhaltigkeit	38
NAFTA	31
New Economy	21
Nutzwertanalyse	37
Öffentliche Güter	23
Ökobilanz	56
Ökologischer Fußabdruck	59
Öko-Siegel	53
Ökosoziale Marktwirtschaft	55
Ökosteuern	27
Oligopole	50
OPEC	30
Opportunitätskosten	24
Outsourcing	27
Pauschalreisen	46
„Pflege-Bahr“-Modell	53
Pflegeversicherung	22
Phillips-Kurve	51
Phishing	51
Pigou-Steuer	51
Preiselastizität der Nachfrage	52
Preisniveau	29
Preispolitik	23
Private Hochschulen in Dt. ...	45
Produktionsprogramm im Handel	57
Produktlebenszyklus	21
Produkt-Portfolio-Analyse	49
Produzentenrente	49
Projektmanagement	37
Protektionismus	37
Publizitätspflicht	40
Qualitätsmanagement	37
Rating	30
Rechnungslegung	40
Rechtsschutz und andere Versicherungen	53
Rentenfonds	24
Rentenversicherung	22
Rettung des Euro?	48
Riester-Rente	47
Rücklagen	25
Schattenwirtschaft	32
Schufa	54
Schwarzarbeit	32
Situation der Flüchtlinge im Spiegel der deutschen Wirtschaft	61
Soziale Marktwirtschaft	21
Sozialhilfe	22 + 25
Sozialökonomische Folgen der Kommunikationsänderung	52
Sozialstaat	49
Sozialversicherung	22
Staatsverschuldung ...	36 + 48
Stabilitätspakt	35
Stabilisierungspolitik	21
Strukturwandel	56
Studentenwerk	45
Studienkosten	45
Studien- und Semester- beiträge	45
Subventionen	26
SWOT-Analyse	55
Szenario-Technik	38
Tariflohn	50
Technischer Fortschritt	56
Teilzeitarbeit	48
Termingeschäft	51
Terms of Trade	46
Testmarkt	44
Tourismus	32
Transferpreise (Verrechnungspreise)	40
Transaktionen	24
TTIP Abkommen	62
Umsatzsteuer – Mehrwert- steuer	12 + 23
Umweltmanagement	27
Umweltzertifikate	27
Unfallversicherung	22
Unternehmensgründung	47
Unternehmensnachfolge	54
Unternehmergesellschaft	46
Unternehmertum	39
Urheberrecht	30
Verbraucherleitbilder	57
Verbraucherorientierung	31
Verhandlungstechnik	39
Vermögensarten	25
Vermögensbildung	29
Vermögensentwicklung in Dt. ...	50
Vollkostenkalkulation	25
Von Alleinerziehung zur Altersarmut	62
Warentest	46
Währungssysteme	26
Wechsel	20
Werkvertrag	36
Wettbewerbs- beschränkungen	26
Windenergie	27
Wirtschaftlichkeitsrechnung bei Investitionen	55
Wirtschaftsethik	37
Wirtschaftsförderung	32
Wirtschaftskultur	40
Wirtschaftsprüfung	40
Wissensbilanz	36
Wissensmanagement	46
Wohlstand, Lebensstandard und BIP	56
Work-Life-Balance	35
WTO	29
Zahlungsverkehr	50
Zeitarbeit	28
Zeitmanagement	54
Zielkostenrechnung	31
Zinsen – Pro und Contra	58

Sebastian wundert sich über die große Menschenmenge, die sich in der Innenstadt versammelt hat und lautstark Schilder in die Höhe hebt. „Stopp TTIP!“ liest er und fragt sich, was die Abkürzung zu bedeuten hat. Da übergibt ihm ein Demonstrant einen Informationsflyer, den Sebastian schnell überfliegt.

TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) ist ein geplantes Freihandelsabkommen zwischen den USA und der Europäischen Union (EU) zum Abbau von Handelshemmnissen.

Ein Freihandelsabkommen (siehe MARKT 46) ist ein Vertrag, der zwischen mindestens zwei Ländern geschlossen wird, um den internationalen Handel zu vereinfachen. Beide Länder können aber Beziehungen zu anderen Ländern, unabhängig von dem Handelspartner, aufbauen und gestalten. Ziel eines Freihandelsabkommens ist der Abbau von Problemen (Handelshemmnissen), die den Handel behindern, wie zum Beispiel Zölle, technische Vorschriften oder Umweltstan-

dards. In den letzten Jahren ist die Anzahl an Freihandelsabkommen angestiegen. Grund ist die Annahme, dass ein freier Handel für alle Länder vorteilhaft ist, da es zu einer stärkeren und besseren internationalen Arbeitsteilung kommt. Das Freihandelsabkommen TTIP soll zwischen den USA und der Europäischen Union abgeschlossen werden. Es zielt auf eine bessere Zusammenarbeit der beiden Parteien, soll deren Wirtschaft stärken und Arbeitsplätze in den Ländern der Handelspartner schaffen. Die ersten Verhandlungen des Abkommens fanden im Februar 2013 statt. Bis Ende 2016 ist geplant, das Abkommen zu beschließen.

Probleme in den Verhandlungen

In den Verhandlungen zu TTIP sind vor allem große Unterschiede in Standards, Testverfahren und den Pflichten der Unternehmen problematisch. So ist beispielsweise im Bereich der Lebensmittel der Verkauf von Fleisch, das von geklonten oder mit gentechnisch veränderten Futter behandelt wurde, in den USA erlaubt, in der EU hingegen verboten. Allerdings ist der Verkauf von Rohmilchprodukten

Inhalte des Freihandelsabkommen TTIP	
1. Zugang zu Märkten	Im Rahmen des Marktzugangs sollen tarifäre Handelshemmnisse wie der Zoll vollständig entfallen. Somit können Unternehmen Geld sparen und die Preise für ihre Produkte senken. Daneben kann in Innovationen (siehe MARKT 30) investiert werden. Abgesehen von den Zöllen sollen Unternehmen beider Handelspartner die Chance haben, sich bei gleichen Rahmenbedingungen bei öffentlichen Angeboten bewerben zu können.
2. Zusammenarbeit in Bezug auf Standards	Die Zusammenarbeit in Bezug auf Standards fokussiert vor allem auf den Abbau von nicht tarifären Handelshemmnissen, insbesondere auf die unterschiedlichen rechtlichen und technische Regelungen der beiden Parteien. So lagen z. B. die zusätzlichen Kosten für ein Produkt aufgrund von doppelten Zulassungs- und Testverfahren bei rund 20 % des gesamten Produktpreises. Um die Kosten zu senken, sollen Prüfverfahren und Behördenentscheidungen gegenseitig anerkannt werden. Auch sollen Vorschriften bezüglich der Herstellung von Produkten gleichgestellt werden. Dies beinhaltet die Anerkennung von Standards, die Akzeptanz von Zulassungsbedingungen und Anforderungen an Produkte. Gleichzeitig sollen gemeinsam neue Standards entwickelt werden. Die Reduktion dieser Handelshemmnisse, so Schätzungen, können rund 80 % der Zuwächse in den Wirtschaften der Handelspartner ausmachen.
3. Andere Regelungen	Andere Regelungen beziehen sich auf die Verpflichtung zu hohen Standards, dem vereinfachten Zugang zu Rohstoffen sowie Regelungen zum Schutz von Arbeitenden und Investitionen.

Tabelle 1: Was sind die Inhalte von TTIP?

in den USA verboten, in der EU aber erlaubt. Daneben bestehen unterschiedliche Ansätze zur Regulierung der Vorschriften, unterschiedliche Maßstäbe in der Strenge der Standards sowie Unterschiede in der Zulassung selbst. In den USA können beispielsweise Produkte verkauft werden, die für Mensch und Umwelt nicht gefährlich sind. In der EU hingegen kann ein Produkt auch verboten werden, wenn nur das Risiko besteht, dass es schädlich sein könnte. Ferner muss der Beweis für eine Unbedenklichkeit von dem Produzenten vorgelegt werden. Folglich ist vor allem der Bereich der regulatorischen Zusammenarbeit problematisch und begründet die zahlreichen Verhandlungsrunden.

Warum wird TTIP kritisiert?

Nachdem Sebastian den Flyer gelesen hat, kann er zunächst nicht verstehen, warum die Menschenmenge gegen TTIP demonstriert. Er erfährt, dass die Demonstranten Angst vor einer Verwässerung und / oder Absenkung von Standards haben. Sie glauben der Versicherung der EU nicht, dass gegenwärtige Vorschriften beibehalten werden. Gleichzeitig denken sie, dass die Standardisierung der Produkte die Vielfalt und Individualität reduziert. Viele Plakate beschäftigen sich aber auch mit dem Import von gentechnisch veränderten Lebensmitteln aus den USA. Eine Demonstrantin berichtet Sebastian, dass sie eine Privatisierung von öffentlichen Anlagen und somit die Beeinträchtigung einer angemessenen öffentlichen Versorgung befürchtet. In der Bevölkerung besteht die Angst, dass bei einer Vergabe von Aufträgen vorrangig preisliche Argumente im Vordergrund stehen und ökologische sowie soziale Aspekte und somit regionale Unternehmen unberücksichtigt bleiben. Nicht nur die Inhalte des TTIP-Abkommens werden stark kritisiert. Viele Demonstranten sind vor allem aufgrund der im Mai veröffentlichten Geheimdokumente gekommen. Sie beklagen sich über eine zu geringe Berichterstattung über die Verhandlungen.

Welche Vorteile werden von TTIP erwartet?

Ein Politiker tritt auf die Bühne und versucht,

den Demonstranten die Vorzüge von TTIP zu erklären. Die Politik befürchtet ein Zurückbleiben hinter anderen Ländern bei einer fehlenden Teilnahme an TTIP. Aufgrund von TTIP können so die Vorteile der Globalisierung genutzt werden. Sebastian erfährt, dass über TTIP die Belastungen von tarifären und nicht tarifären Handlungshemmnissen sowie der Aufwand in der Produktion und somit Kosten gespart werden. Geringere Kosten bei gleichzeitiger Zunahme des Handels zwischen den USA und der Europäischen Union können in höhere Gewinne oder geringere Preise sowie verstärkte Investitionen im Unternehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen oder Steigerung der Innovationsfähigkeit führen. Insbesondere kleinere und mittelständische Unternehmen können von TTIP profitieren. Grund ist, dass sich oftmals kleine Unternehmen den Aufwand und die zusätzlichen Kosten eines Exports nicht leisten können. Durch TTIP schätzen Unternehmensverbände eine höhere Chance für diese Unternehmen ein, einen Zugang zum amerikanischen Markt zu erhalten.

Insgesamt wird bis zum Jahre 2027 ein Zuwachs im Export von 28 % beziehungsweise 187 Milliarden Euro in Europa und 37 % beziehungsweise 159 Milliarden Euro in den USA prognostiziert. Gleichzeitig soll das Bruttoinlandsprodukt in der EU um 5 % steigen, in den USA um 4 %. Die Zahl der Arbeitsplätze kann durch TTIP in Europa um 400.000 Stellen, in Deutschland um 110.000 Stellen steigen. In den USA würde sich die Beschäftigung um rund 1 Millionen Arbeitsplätze verstärken. Allerdings sind die Resultate der Studien aufgrund der fehlenden festen Gesetzesgrundlage problematisch und es werden zunehmend geringere Effekte vermutet.

Sebastian weiß nun, warum die Menschen gegen TTIP demonstrieren. Er ist sich jedoch unschlüssig, inwieweit er das TTIP Abkommen beurteilt. So sieht er die zentralen Vorteile, die TTIP nicht nur für Unternehmen, sondern auch für die Menschen in der EU und in den USA bringen kann. Er sieht jedoch auch die Nachteile, die die Demonstranten nennen und ist durch diese verunsichert.

Von Alleinerziehung zur Altersarmut

Maria Torka, Krankenpflegerin, ist heute 50 Jahre alt geworden. Ihre Tochter Dora, 17 Jahre alt, wohnt noch bei der Mutter und steht vor dem Abitur. Sie möchte im Ausland studieren. Die Mutter hat neben der Geburtstagspost heute auch die jährliche Mitteilung der Deutschen Rentenversicherung (DRV) erhalten, aus der sie entnehmen kann, wie viele Jahre sie noch zu arbeiten und den Beitrag für die Rentenversicherung zu zahlen hat. Gegenwärtig sind es jeden Monat €224,40, die von den €2.400 ihres Gehaltes abgezogen und durch die Krankenkasse an die Rentenversicherung gegeben werden. Sie weiß, dass ihr Arbeitgeber – ebenfalls für sie – noch einmal den gleichen Betrag an die Rentenversicherung liefern muss. Zusammen sind es dann monatlich €448,80 als Rücklage für ihre Zeit nach dem 63. oder 67. Lebensjahr. Sie kann wählen, erhält aber bei der Wahl des 63. Jahr 14,4% weniger Rente als wenn sie bis zum 67. Jahr arbeitet. Die Höhe der Auszahlung ist unter anderem, aber besonders stark, abhängig davon, wieviel Beiträge sie insgesamt eingezahlt hat.

Alleinerziehende Mutter denkt an die Zukunft

Die Darstellung der Situation sieht so aus, als wenn es Maria recht gut gehe. Wir müssen daher zur Erklärung des Titels unserer Beschreibung zusätzliche Fakten beifügen. Diese betreffen zum Teil die Rentenbeiträge aller Arbeitnehmer, vor allem geht es jedoch um spezielle Besonderheiten bei Maria, die als Musterbeispiel für viele Alleinerziehende Geltung haben.

1. Von Brutto zu Netto:

Der vereinbarte Bruttolohn einer Arbeitnehmerin verringert sich durch staatliche Abzüge, die in der Regel unmittelbar vom Arbeitgeber an Finanzämter und andere öffentliche Kassen abgeführt werden. Dies gilt für die meisten Arbeitnehmer. So auch zunächst bei Maria: Sie zahlt €224,40 für die Rentenversicherung. Gleichzeitig zahlt sie – gemessen an ihrem Bruttoverdienst – auch für Krankenversicherung (€202), Pflegeversicherung (€28)

und Arbeitslosenversicherung (€36). Hinzu kommen €256 Steuern an das Finanzamt für Lohnsteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag. Insgesamt bleiben von den €2.400 Gehalt noch €1654 für den Lebensunterhalt.

Der Arbeitgeber bezahlt für die Arbeitnehmerin ebenfalls noch €224,40 für die Rentenversicherung. Dies ist gesetzliche Verpflichtung: Der Arbeitgeber muss für den Arbeitnehmer noch einmal ungefähr die gleiche Summe für Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung bezahlen sowie außerdem eine Unfallversicherung und Aufwendungen für Krankheits-, Mutterschafts- und Insolvenzversicherungen.

2. Individuelle Einkommensmängel:

Maria Torka gehört, wie viele andere Frauen, zu den Frauen, die zwischen 25 und 40 Jahren ein oder mehrere Kinder bekamen. Die „Ein-Eltern-Familie“ mit Kind macht in Deutschland inzwischen 20 Prozent solcher Familien mit Kindern aus, in denen die Ehepartner sich trennten oder ein Elternteil von vornherein alleinerziehend war. Davon sind an die 90% Frauen, von denen 50% „keinen oder nur unregelmäßig Unterhalt vom Vater der Kinder“¹ erhalten. Sie müssen sich um ein oder mehrere Kinder kümmern und gleichzeitig den Lebensunterhalt sichern.

So hat Maria in den ersten Jahren mangels Kinderbetreuung und schlecht bezahlter Jobs zum Teil halbtags oder gar nicht arbeiten können. Gedanken an eine zukünftige Altersrente waren in diesem Zeitraum völlig illusorisch. Mit der größeren Tochter ist nun ein Vollzeitjob erreicht worden, doch die vergangenen Jahre sind nicht aufholbar. Aus einem ZEIT-Beitrag von Christine Finke geht hervor, dass 68% aller alleinerziehenden Frauen im Alter von 30 bis 50 Jahren eine Rente erhalten werden, die zum Leben nicht ausreicht. Sie werden sich mit einer „Grundsicherung“ abfinden müssen, weil die Rente für den Lebensunterhalt nicht genug ist. Die Alleinerziehenden stehen in Deutschland an erster Stelle der von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erwarteten Lawine von Altersarmen².

Typ	Durchschnitt der Konsumausgaben in Haushalten im Jahr 2012 Haushaltstypen insgesamt je Monat und Person in €	Gesamt- summe	Nahrung	Wohnung	Gesundheit	Freizeit	Hotels Gaststätte	Verkehr	andere Ausgaben
1	Paare ohne Kind	1379	191	453	70	159	85	195	227
2	Paare mit Kindern bis 18 J.	860	129	267	35	92	46	139	161
3	Alleinerziehende m. Kindern bis 18 J.	796	123	298	18	74	40	81	160
4	Alleinlebende Männer	1521	185	582	67	159	102	211	215
5	Alleinlebende Frauen	1461	178	601	60	146	66	151	259

Tabelle 1: Konsumausgaben nach Haushaltstypen je Person

3. Lebensstandard – eine soziale Aufgabe gegen Altersarmut

Das statistische Amt der Bundesrepublik untersucht regelmäßig die wirtschaftliche Situation von unterschiedlichen Typen Privater Haushalte. Eine Statistik der durchschnittlichen Ausgaben je Person³ in fünf unterschiedlichen Haushaltstypen zeigt die Situation im Vergleich je Person. Mit €796 je Person im Monat sind ein/e Alleinerziehende/r und seine/ihre Kind/er in der Versorgung mit allen Bedürfnissen⁴ schlechter gestellt, insbesondere was die Gesundheit und die Freizeitgestaltung betrifft. Hier bestätigen sich auch Ergebnisse einer Untersuchung aus den letzten Jahren⁵, dass nicht nur die Vereinbarkeit von Beruf und Haushalt, sondern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine wichtige Rolle spielen. Die Bedeutung der Familie für den Bildungsstand, für Gesundheit und das Verhalten der Kinder prägt, mit anderen Faktoren, die Entwicklung der späteren Qualifikationen.

Alleinerziehende Mütter und Väter haben es während der Zeit der Kindererziehung in vielen Fällen sehr viel schwerer als Paare ohne Kind oder allein lebende Frauen und Männer, die für das Alter vorzusorgen. Bei durchschnittlichen Konsumausgaben von €796 ist

die Altersvorsorge der Eltern nicht zu sichern. Fast immer ist die alleinige Vereinbarkeit von Beruf und Haushalt mit Kind/ern mit vielen Hürden bestückt. Hier ist eine wichtige soziale Aufgabe, den Alleinerziehenden für das Alter den Weg zu erleichtern. Eine große Rolle spielt dabei die soziale Verbindung der Generationen. Das Szenario, in dem die Kinder dem Großvater einen Platz hinter dem Kachelofen einräumen, ist selten geworden.

1 Christine Finke, Die Zeit, Nr. 21, 12.05.2016.

2 OECD-Generalsekretär Angel Gurría im Interview. (<http://www.werlt.de/128319368>).

3 Siehe auch MARKT 59.

4 Mit Ausnahme der Wohnung, bei der die Paare mit Kindern etwas weniger Raum haben.

5 Diekmann u. a., Sozialbilanz Familie, Köln 2008 und Maren Osterloh, „Altersarmut wird in Deutschland zum Alltag“, DIE WELT, 4. 11.2014.